

Zeitschrift:	Der Fourier : officielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen
Herausgeber:	Schweizerischer Fourierverband
Band:	40 (1967)
Heft:	12
Artikel:	Widersprüche um die Nichtweiterverbreitung des Atombombe
Autor:	Brunner, Dominique
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-517888

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Widersprüche um die Nichtweiterverbreitung der Atombombe

Ein Ergebnis der Gipfelkonferenz zwischen den Regierungschefs der beiden Supermächte am Rande der UNO-Tagung über den Nahost-Konflikt hat den Hoffnungen auf das baldige Zustandekommen eines Atomsperrvertrages neue Nahrung gegeben. Die beiden Staatsmänner sollen in der Beurteilung der Opportunität und Dringlichkeit des Abschlusses dieses Vertrages weitgehend einig gewesen sein, was um so stärkere Beachtung finden musste, als sie in nahezu allen anderen Fragen keine Annäherung der diametral entgegengesetzten Standpunkte zu erzielen vermochten. Man fragt sich daher vielenorts, ob das seit zwei Jahren immer wieder in den Brennpunkt des Interesses gerückte Abkommen nicht doch dieses Jahr unter Dach gebracht werden wird.

Verfrühter Optimismus

Wie erinnerlich, hatte der im Juli 1965 vom amerikanischen Abrüstungsdelegierten, W. Foster, beim Zusammentritt der Achtzehner-Konferenz in Genf, zur Schau getragene Optimismus weitherum die Überzeugung aufkommen lassen, der Abschluss des von den USA nachdrücklich geförderten und von Averell Harrimann in Moskau mit den sowjetischen Führern erörterten Vertrages stehe unmittelbar bevor. Jener Versuch scheiterte, im Grunde unerwartet, wie auch seine Wiederholung im ersten Halbjahr 1966 an der unnachgiebigen Haltung der Sowjets, die sich in erster Linie in heftigen Ausfällen gegen die Bundesrepublik gefielen.

Dass die anfangs 1967 wiederaufgenommenen Verhandlungen — entgegen allen überoptimistischen Erwartungen, die daran geknüpft worden waren — bisher ergebnislos blieben, liegt diesmal aber weniger am Kreml, der richtig besehen ein noch brennenderes Interesse an der Verhinderung der Entstehung neuer Atommächte haben dürfte als die USA, als an den prominentesten nuklearen Habenichtsen Indien, Deutschland, Schweden und Japan. Die allzu prononcierte Einseitigkeit in der Auferlegung von Verzicht und Opfer, die den Moskau und Washington vorschwebenden Vertragsinhalt kennzeichnet, bestimmte diese und weitere Staaten zu einer zurückhaltenden oder gar offen ablehnenden Haltung.

Konzessionen der Atommächte gefordert

Die darauf einsetzenden amerikanischen Bemühungen, diese Bedenken durch beruhigende Zusicherungen und Zugeständnisse hinsichtlich der Dauer des Vertrages zu zerstreuen, dürften zwar zum Teil von Erfolg gekrönt gewesen sein. Verschiedene potentielle Atommächte, so namentlich Indien, das kürzlich den Vertrag in seiner vorliegenden Fassung als unannehbar bezeichnete, machen ihre Zustimmung indessen von der Erfüllung weiterer Bedingungen abhängig. Gefordert wird zumal ein Entgegenkommen der Atommächte auf dem Felde der Abrüstung. Ein einseitiger Verzicht der Nationen, die Nuklearwaffen in absehbarer Zukunft herzustellen in der Lage wären, sei unzumutbar, wenn die Grossen ihre Kernwaffenarsenale nicht nur weiterhin behalten, sondern diese gar noch ausbauen.

Sind diese Einwände begründet? Dürfen derartige Forderungen auf die Gefahr hin erhoben werden, dass der Abschluss von Vereinbarungen über die Nonproliferation weiter hinausgezögert wird? Oder gebieten die Risiken, die der Erweiterung des Atomklubs innewohnen, nicht vielmehr, dass die dem vorgeschlagenen Vertrag kritisch gegenüberstehenden Regierungen ihr Eigeninteresse hinter das Gesamtinteresse zurücktreten lassen, einem allfälligen Zuwachs an nationaler Sicherheit und Prestige zu Gunsten erhöhter internationaler Sicherheit entsagen?

Eilt die Nonproliferation?

Vor der Beantwortung dieser Fragen muss die verbreitete irrite Vorstellung berichtigt werden, wonach binnen kurzem weitere Staaten nach der Bombe greifen würden, wenn es nicht zur Unterzeichnung des Nonproliferationsabkommens komme. Keine der potentiellen Atommächte, stellte die Ende 1966 vom Direktor des Londoner Institute for Strategic Studies herausgegebene Studie «A World of Nuclear Power» fest, sehnt sich nach eigenen Atomwaffen: Weder Kanada, das bereits 1946 den Gedanken an die Beschaffung von Nuklearwaffen von sich wies, noch Deutschland, das sich 1954 in einem Zusatz zum WEU-Vertrag gegenüber seinen Partnern zum Verzicht auf eine selbständige Nuklearrüstung verpflichtete. Was Schweden betrifft, so hat es

zu erkennen gegeben, dass es grundsätzlich nur im Falle einer ernsten Zuspitzung der Lage, der Vermehrung der Zahl von Atommächten oder einer erheblichen Beschleunigung des Wettrüstens von seinem bisherigen Weg der «Aktionsfreiheit» abweichen würde. Indien und Japan schliesslich, mit Israel die drei Staaten, die am ehesten Veranlassung haben könnten, den Vollzug eines atomaren Rüstungsprogramms an die Hand zu nehmen, sehen sich durch das Erstarken Chinas genötigt, ihre Stellung zur Bombe zu überdenken. Während die Diskussion über die Frage einer eigenen Atomrüstung in Indien seit ein paar Jahren nicht abreisst und eine bereits beträchtliche Minderheit diesen Schritt anscheinend begrüssen würde, hat die Debatte in Japan erst eingesetzt.

Indien als Vorreiter

Das bedeutet aber, dass kurzfristig voraussichtlich nirgends mit einem Entscheid zu Gunsten einer nationalen Force de Frappe gerechnet werden muss, ganz zu schweigen von der Gefahr einer raschen Verwirklichung eines nuklearen Rüstungspotentials. Zwar dürfte Indien innerhalb von 12 bis 18 Monaten ab Entscheid imstande sein, eine erste Ladung zu zünden. Doch dürfte das gegenwärtig erzeugte Plutonium lediglich zur Herstellung von zwei Kernladungen jährlich ausreichen. Bei den anderen möglichen künftigen Atommächten wäre die Frist, die bis zum Vorhandensein von Sprengladungen verstreichen würde, noch länger.

Es ist unter diesen Umständen nicht einzusehen, warum ein Nonproliferationsvertrag überstürzt abgeschlossen werden sollte, der — wie die Dinge liegen — nichts anderes zur Folge hätte als die Besiegelung des Status quo hinsichtlich der Verteilung der militärischen Macht und des daraus erwachsenden politischen Einflusses. Denn es erwägen im Augenblick weder die beiden Grossmächte noch die mittleren Nuklearmächte einschliesslich China einen Abbau ihres wachsenden Atompotentials.

Warum will man Atomwaffen?

Die Anstrengungen sollten sich entgegen den propagandistisch abgestimmten Äusserungen der Sprecher der Grossmächte und der diesen nahestehenden Organe auf die Beseitigung der Ursachen des Strebens nach Atomwaffen in nationaler Verfügungsgewalt richten. Um Atomwaffen bemüht man sich aber offenbar um des Vorteils willen, den diese bieten. Dieser besteht in grösserer Sicherheit und grösserem Einfluss auf das Geschehen. Das Atomwaffen, sofern man sich ihrer auf der diplomatischen Ebene zu bedienen weiss, eine Quelle von Macht und Einfluss sind, macht beispielsweise der Unterschied deutlich, der zwischen der internationalen Stellung der Bundesrepublik und derjenigen der Atommächte besteht: Während die Bundesrepublik, die dritte Industriemacht der Welt nach den USA und Sowjetrussland, einen nur bescheidenen Einfluss ausübt, zählen die Atommächte Frankreich und England zu den bedeutenden, wenn auch nicht mit den beiden Grossen vergleichbaren Akteuren auf der weltpolitischen Bühne.

Wettrüsten einerseits — Abstinenz anderseits?

Das Streben nach Atomwaffen wird mithin solange verspürt werden, als man sich vom Besitz dieser Mittel nicht zu unterschätzende Vorteile wird versprechen können. Und die Gefahr der Entstehung neuer Atommächte kann nur zunehmen, solange die heutigen Besitzer der Bombe, die mit den Grossen dieser Welt gleichzusetzen sind, durch die für Erhaltung und Verstärkung ihrer Nukleararsenale ausgegebenen Beträge die Bedeutung, die sie diesen beimessen, anzeigen. Die Grossen sollten ihre Politik daher immer weniger auf ihre nuklearen Arsenale abstützen. Auf jeden Fall sollten sie von einer Steigerung ihrer Schlagkraft Abstand nehmen. In diesem Sinn erscheint ein Verzicht der Sowjets und der Amerikaner auf den Aufbau von Raketenabwehrsystemen, welche eine neue Phase des Wettrüstens eröffnen müssten, als primäre Voraussetzung einer künftigen Vereinbarung über die Nichtweiterverbreitung der Bombe.

Dominique Brunner